Vollzugskontrolle zum Regierungsprogramm 2001-2005

Beilage 2
SGB 118/2005

Ziele und Massnahmen

1 Lebensqualität durch Solidarität, Sicherheit und Nachhaltigkeit erhalten

Ziel 1.1 Umwelt und Raum als Lebensgrundlagen schützen

Massnahmen	Termine	Realisierungsstand (Stichtag: 31. Juli 2005)
<ul style="list-style-type: none">• Massnahmenplan 'Luft' fortlaufend umsetzen	2001-2005	Teilweise erledigt (Daueraufgabe): Der 2. Rechenschaftsbericht wird dem Regierungsrat im 4. Quartal 2005 vorgelegt.
<ul style="list-style-type: none">• Anschlussprogramm zum Mehrjahresprogramm Natur und Landschaft erarbeiten (durch Departemente und Arbeitsgruppe)	2003	Erledigt: Anstelle eines Anschlussprogrammes hat der Regierungsrat dem Kantonsrat mit RRB Nr. 2003/2088 am 18. November 2003 die Verlängerung des laufenden Programms um vier Jahre bis Ende 2008 unterbreitet. Es waren zwei Gründe, welche dieses Vorgehen nahe legten. Zum einen war der Verpflichtungskredit noch nicht ausgeschöpft. Zum andern wurde mit der Verlängerung erreicht, dass die Laufzeit des Mehrjahresprogramms Natur und Landschaft mit jener der nächsten Globalbudgetperiode des Amtes für Raumplanung (2006-2008) übereinstimmt.
Vorlage an den Kantonsrat	2004	Erledigt: Der Kantonsrat hat am 16. März 2004 der Verlängerung des Mehrjahresprogramms Natur und Landschaft zugestimmt (KRB Nr. 80/2004).
<ul style="list-style-type: none">• Kataster von ca. 2'500 belasteten Betriebsstandorten rechtskräftig abschliessen (branchenweises Vorgehen)	2004	Unerledigt: Wegen verzögerten Bundesvorgaben wurde die Frist auf Ende 2005 festgelegt.

• Waldreservatekonzept umsetzen	2004	Erledigt: Mit RRB Nr. 2459 vom 9. Dezember 2002 hat der Regierungsrat das Waldreservatskonzept in den Kantonalen Richtplan 2000 aufgenommen. Das Waldreservatskonzept wird mit dem Mehrjahresprogramm Natur und Landschaft umgesetzt. Bis Ende 2004 wurde das Flächenziel für Waldreservate von 10% der solothurnischen Waldfläche (=3'000 ha) erreicht. Bis zum Jahr 2008 werden mit der Verlängerung des Mehrjahresprogramms Natur und Landschaft Waldreservate punktuell erweitert.
• geschädigte Waldungen naturnah wiederherstellen	2005	Arbeiten sind plangemäss, inkl. Finanzen, vorangekommen (Programm läuft weiter bis 2009).
• Energiekonzept und -gesetz anpassen	2002	Erledigt.
• erneuerbare Energieträger gezielt fördern	2003	Erledigt (Daueraufgabe).
• Wasserrechtsgesetz total revidieren, insbesondere auch unter dem Gesichtspunkt der Aufgabenreform	2004	Unerledigt: Verzögerungen wegen Ressourcenproblemen beim externen Experten. Neuer Fahrplan:
Vernehmlassungsverfahren	2002	- Vernehmlassung im Winter 2005/2006
Vorlage an den Kantonsrat	2003	- Vorlage an Kantonsrat 2006
Inkraftsetzung	2004	Inkraftsetzung: 2007 oder 2008
• Abschluss aller '92-er' Ortsplanungen	2004	Fast vollständig erledigt: Die wenigen, noch nicht dem 1992 revidierten Planungs- und Baugesetz angepassten Ortsplanungen sind in den Gemeinden hängig, in der Regel wegen noch nicht abschliessend entschiedenen Einsprachen bzw. Planänderungen aufgrund von Einsprachen.

Ziel 1.2 **Qualitativ hochstehende, wirtschaftliche Spitalversorgung sicherstellen**

Massnahmen	Termine	Realisierungsstand (Stichtag: 31. Juli 2005)
• Wettbewerbsfähige Spitalstrukturen schaffen, indem Spitäler regionalisiert und	2002	Erledigt: Spitäler Solothurn und Grenchen sind betrieblich fusioniert, ebenso das Kantonsspital Olten und die Höhenklinik Allerheiligenberg. Mit der Schliessung des Bezirksspitals Thierstein hat sich der Zusammenschluss „NORD“ erübrigt.

in einem weiteren Schritt verselbständigt werden	2005	Teilweise erledigt: Das Spitalgesetz mit der Zusammenfassung aller Spitäler zu einer gemeinnützigen Aktiengesellschaft ist beschlossen, die „Solothurner Spitäler AG“ wird auf den 1. Januar 2006 gegründet (KRB 112/2003 vom 12. Mai 2004).
• Bauliche Sanierung Kantonsspital Olten weiterführen	2005	Erledigt. - Projektoptimierung mit RRB Nr. 1931 vom 23. September 2002. - Auslösung der 2. Bauetappe. - Sanierung Ambulatorium 1970 (Gebäude F) im August 2004 in Betrieb. - Schadensfall Fassade Bettenhaus D und Behandlungstrakt E bis Dezember 2004 saniert.
• Schlussetappe 'Sanierung der Psych. Klinik' weiterführen	2005	Erledigt: Sanierungsarbeiten laufen im Terminplan.
• Spitalvorlage VI durch Spitalgesetz ersetzen	2002	Erledigt.
Vernehmlassung	2003	Erledigt.
Vorlage an den Kantonsrat	2004	Erledigt: Spitalgesetz tritt per 1. Januar 2006 in Kraft (RRB Nr. 2005/729 vom 22. März 2005).
Inkraftsetzung		

Ziel 1.3 **Sicherheit und Schutz bieten**

Massnahmen	Termine	Realisierungsstand (Stichtag: 31. Juli 2005)
• Strafverfolgung schlagkräftiger und effizienter ausgestalten (Untersuchungsrichterämter neu organisieren, Strafprozessordnung ändern)	2002	Erledigt: Vernehmlassungsvorlage mit RRB Nr. 1798 vom 10. September 2002 beschlossen, Vorlage an den KR mit RRB Nr. 1080 vom 16. Juni 2003 (KRB Nrn. RG089a-h vom 5. November 2003). KV-Änderungen vom Volk in der Abstimmung vom 16.05.2004 angenommen. Reform der Strafverfolgung tritt am 1. August 2005 in Kraft.
Vernehmlassung	2002	
Vorlage an den Kantonsrat	2002	
• Zusammenarbeit der Polizei mit der Bevölkerung und den Gemeindebehörden intensivieren	2005	Erledigt: Gemäss Bevölkerungsumfrage der Universität Bern und Behördenumfrage der Fachhochschule Solothurn Nordwestschweiz wird der Polizei in Sachen Zusammenarbeit ein gutes Zeugnis ausgestellt. Diesen Stand gilt es zu halten.
• Sicherheit tierischer Lebensmittel garantieren durch professionelle Betriebs-, Schlachtvieh- und Fleischkontrollen	2002	Erledigt: Am 12. Dezember 2003 durch SQS nach ISO 9001-2000 zertifiziert.

• gesetzgeberische, organisatorische und personelle Voraussetzungen für den Datenschutz schaffen	2002	Erledigt: Die Gesetzgebung über Information und Datenschutz trat am 1. Januar 2003 in Kraft. Der erste Beauftragte für Information und Datenschutz trat sein Amt am 1. Juli 2002 an (gleichzeitig wurde die Datenschutzkommission aufgehoben).
Vollzugsgesetzgebung zum Informations- und Datenschutzgesetz	2001	
Anstellung eines Informations- und Datenschutzbeauftragten	2002	

2 Partnerschaft nach innen und aussen ausbauen

Ziel 2.1 **Gegenseitiges Verständnis zwischen Behörden, Verwaltung und Öffentlichkeit fördern**

Massnahmen	Termine	Realisierungsstand (Stichtag: 31. Juli 2005)
<ul style="list-style-type: none"> • Unternehmenskultur flächendeckend fortentwickeln, namentlich inbezug auf Vertrauensförderung, Kundenorientierung und Selbstverantwortung 	2003	Daueraufgabe: Bei der Gestaltung der WoV-Kultur konzentrierten wir uns vor allem auf die Kunden- und Wirkungsorientierung sowie die Eigenverantwortung (insbes. «Sowieso!/WoV»-workshop vom 30. Januar 2004). Diverse Massnahmen förderten die Attraktivität der Staatsstellen und damit auch das Image des Staates als Arbeitgeber. Initiiert wurde zudem die bewusste Wahrnehmung der Gender-Thematik, die in der kommenden Legislaturperiode Schwergewichtsthema sein wird.
<ul style="list-style-type: none"> • Transparenz der Verwaltung und Verwaltungsabläufe erhöhen, Öffentlichkeitsprinzip einführen 	2002	Erledigt: Die KV-Änderung wurde in der Volksabstimmung vom 2. Dezember 2001 angenommen. Das Öffentlichkeitsprinzip wurde per 1. Januar 2003 eingeführt.
<ul style="list-style-type: none"> • Internet-Einstieg beim Kanton aus Kundensicht realisieren (Guichet virtuel) 	2002	Erledigt: Der Internet-Austritt des Kantons wurde bürgernah umgesetzt. Die IFAA Studien von 2004 und 05 attestieren www.so.ch in beiden Jahren Spitzenränge unter allen Kantonen.

- Integration der ausländischen Bevölkerung verbessern 2005 Erledigt (Daueraufgabe): Der Regierungsrat beschloss (RRB Nr. 2474 vom 11. Dezember 2000), die private Institution Ausländerdienst (ALD) mit der Aufgabe "Integration" zu betrauen. Leider erlitten die Integrationsbemühungen einen Rückschlag, weil die beauftragte private Institution fallierte. Mit RRB Nr. 2005/917 vom 19. April 2005 beschloss der Regierungsrat, die Aufgabe mit neuem Konzept und neuer Struktur vorerst wieder kantonsintern zu erfüllen.

Ziel 2.2 **Gemeinden erhalten und Zusammenarbeit fördern**

Massnahmen	Termine	Realisierungsstand (Stichtag: 31. Juli 2005)
<ul style="list-style-type: none"> • Gemeindegesetz revidieren, insbesondere Grundlagen schaffen für die wirkungsorientierte Gemeindeführung (WOG) Expertenentwurf Vernehmlassung/Vorlage an den Kantonsrat Gesetz etappenweise in Kraft 	2001 2002 ab 2004	Erledigt. Erledigt. Erledigt (KRB Nr.184d/2004 vom 26. Januar 2005): Offen sind noch Volksabstimmungen über drei Verfassungsrevisionen, welchen der Kantonsrat nach zweimaliger Lesung zustimmte (KRB Nr. 184a-c/2004 vom 3. Mai 2005).
<ul style="list-style-type: none"> • Aufgabenreform weiterführen und neuen Finanzausgleich einführen 	2005	Die Teilrevision der Finanzausgleichsgesetzgebung trat per 1. Januar 2004 in Kraft (RRB Nr. 2003/228 vom 18. Februar 2003 und RRB Nr. 2003/614 vom 1. April 2003). Bei der Aufgabenreform konnten folgende Arbeiten abgeschlossen werden: <ul style="list-style-type: none"> - Zivilstandswesen - Finanzausgleich - Geleitete Schulen - Finanzierung der Unterrichtsleistungen für Gymnasien und Gymnasiastinnen während der obligatorischen Schulzeit (im Rahmen des Mittelschulgesetzes). - Soziale Sicherheit: Im Jahr 2004 wurde das Vernehmlassungsverfahren zum Sozialgesetz mit Frist bis Ende August 2004 durchgeführt (RRB Nr. 2004/622 vom

• Einheitsgemeinde fördern	2005	23. März 2004). Am 21. Dezember 2004 hat der Regierungsrat das Ergebnis des Vernehmlassungsverfahrens zur Kenntnis genommen. Am 12. Juli 2005 hat der Regierungsrat Botschaft und Entwurf zuhanden des Kantonsrates verabschiedet.
• regionale Sozial-, Vormundschaftsstellen und Bausekretariate fördern	2005	Erledigt (Daueraufgabe): Gegenwärtig gibt es 20 Einheitsgemeinden und jährlich stossen 2-3 dazu. Teilweise erledigt (Daueraufgabe): Soweit es um die regionalen Sozial- und Vormundschaftsstellen geht, konnten einzelne Sozialkreise gebildet werden (z.B. Leimental). Die Angelegenheit wurde jedoch von den Einwohnergemeinden eher zögerlich angegangen. Im Hinblick auf das neue Sozialgesetz und auch im Zusammenhang mit der interinstitutionellen Zusammenarbeit (Schaffung von Anlaufstellen und Case-Management; angenommen mit Volksabstimmung vom 5. Juni 2005) sind die Einwohnergemeinden sensibilisiert.
• Gemeinden in finanzieller Notlage beratend unterstützen und - wenn nötig - aufsichtsrechtliche Massnahmen durchsetzen	2005	Regionale Bausekretariate fördern (Daueraufgabe): Als erste Gemeinden im Kanton haben die Gemeinden Hofstetten-Flüh und Bättwil in einer Arbeitsgruppe einen Vorschlag für eine gemeinsame Bauverwaltung erarbeitet. Die Gemeindeversammlungen der beiden Gemeinden haben Ende 2003 der gemeinsamen Bauverwaltung zugestimmt. Für die Jahre 2004-2006 hat der Kanton eine Anschubfinanzierung zugesichert. Die gemeinsame Bauverwaltung begann ihre Tätigkeit im Jahr 2004. Hofstetten-Flüh und Bättwil blieben bisher die einzigen Gemeinden mit regionalen Bausekretariaten. Erledigt (Daueraufgabe): Das Ratingsystem des Kantons greift. Grundsätzlich können die Finanzhaushalte der Gemeinden als gesund und solid bezeichnet werden. Nur in einem Fall mussten aufsichtsrechtliche Massnahmen eingeleitet werden.

Ziel 2.3 Zusammenarbeit über die Grenzen intensivieren		
Massnahmen	Termine	Realisierungsstand (Stichtag: 31. Juli 2005)
<ul style="list-style-type: none"> • Effizienz in interkantonalen und internationalen Vereinigungen erhöhen, indem die heutige Kooperation nach ihrem Nutzen priorisiert, entsprechend koordiniert und konzentriert wird 	2005	Erledigt (Daueraufgabe).
<ul style="list-style-type: none"> • Gemeinsame Polizeischule innerhalb des nordwestschweizerischen Polizeikonkordats führen 	2005	Erledigt: Mit der Änderung des Gesetzes über die Kantonspolizei stimmte der Kantonsrat dem Beitritt zum Konkordat über Einrichtung und Betrieb einer Interkantonalen Polizeischule Hitzkirch (IPH) zu (KRB Nr. 030/2004 vom 11. Mai 2004). 11 Kantone der Nordwest- und der Zentralschweiz sind dem Polizeikonkordat beigetreten. Die IPH ist im Aufbau begriffen und wird die ersten Lehrgänge im Jahre 2007 durchführen.
<ul style="list-style-type: none"> • Zusammenarbeit im Bereich Bevölkerungsschutz fördern 	2003	Erledigt: RRB Nr. 2005/1376 vom 27. Juni 2005
<ul style="list-style-type: none"> • Therapiezentrum 'Im Schache' in Zusammenarbeit mit dem Strafvollzugskonkordat neu ausrichten 	2002	Erledigt: Die Neuausrichtung auf Verurteilte nach Artikel 43 Strafgesetzbuch ist mit KRB Nr. 100/2002 vom 13. November 2002 erfolgt. Der für die Erhöhung der baulichen Sicherheit notwendige Kredit wurde mit KRB Nr. 102a/2002 vom 13. November 2002 gesprochen. Die Arbeit der Planungsgruppe (als Grundlage für den Wettbewerb) wurde mit RRB Nr. 2005/635 vom 15. März 2005 abgeschlossen.
<ul style="list-style-type: none"> • Strafanstalt „Schöngrün“ nach Bedarfsabklärung sanieren 	2005	Teilweise erledigt: Mit RRB Nr. 354 vom 25. Februar 2002 wurde die neue Strategie über Bau und Betrieb von Strafanstalten definiert. Der für die Zusammenlegung der Strafanstalt Schöngrün mit dem Therapiezentrum Im Schache notwendige Planungskredit wurde mit KRB Nr. 102b/2002 vom 13. November 2002 gesprochen. Mit den dringendsten Massnahmen wurde 2005 begonnen.

3 Zukunftsfähigen Staat durch gesunde Staatsfinanzen und wirkungsorientierte Verwaltung sicherstellen

Ziel 3.1 Finanzhaushalt stabilisieren

Massnahmen	Termine	Realisierungsstand (Stichtag: 31. Juli 2005)
<ul style="list-style-type: none"> • SO+ Massnahmen termingerecht und vollständig umsetzen 	s.RRB v. 6. 11. 2000	Teilweise erledigt: Im noch laufenden SO+-Projekt konnten verschiedene Massnahmen in der Legislaturperiode 2001-2005 bereits realisiert werden. Gemäss SO+-Controllingbericht sind per Ende 2004 39 der insgesamt 50 Massnahmen erledigt. Das bisher erzielte Einsparpotenzial beträgt 61,4 Mio. Franken.
<ul style="list-style-type: none"> • Subventionsbericht mit Handlungsempfehlungen ausarbeiten 	2002	Erledigt: Den Anstoss für den Bericht gab die Motion der FdP /JL „Subventionsüberprüfung“. Die Arbeiten zur Erledigung dieser Motion sind mit dem Postulat Kurt Küng, Übersicht: Subventionen im Bund und Kanton Solothurn, (P 93/2000) zusammengelegt worden. Der gemeinsame Schlussbericht „Überprüfung der Staatsbeiträge“ wurde am 27. September 2004 (RRB Nr. 2004/2025) dem Kantonsrat vorgelegt. Die Behandlung und Verabschiedung durch den Kantonsrat erfolgte am 25. Januar 2004 (SGB 185/2004).
<ul style="list-style-type: none"> • Leistungs- und Wirkungsorientierung der Subventionen verstärken 	2005	Teilweise erledigt: Mit dem Schlussbericht „Überprüfung der Staatsbeiträge“ wurde dieses Ziel bereits teilweise erreicht. Weitere Arbeiten müssen folgen. Dieses Ziel wird eine Daueraufgabe bleiben. Insbesondere die neuen Staatsbeiträge sind jeweils unter dem Aspekt der Leistungs- und Wirkungsorientierung zu beurteilen.
<ul style="list-style-type: none"> • Controllingfunktionen in den Departementen verstärken 	2003	Erledigt: Im Zusammenhang mit der SO+-Massnahme Nr. 30, Verstärkung bzw. Aufbau dezentraler Controlling-Funktionen, hat der Regierungsrat im Herbst 2001 den Controllerkreis (Arbeitsgruppe der Departementscontroller) beauftragt, ein einheitliches Controllingkonzept für die gesamte Verwaltung zu erarbeiten. Am 4. März 2003 (RRB Nr. 2003/392) hat der Regierungsrat das Controllingkonzept verabschiedet.

- kantonsweite Kosten- und Leistungsrechnung einführen (Projekt Delphin) 2004
 Per 1. Januar 2005 wurden gestützt auf § 3 Absatz 3 WoV-VO die Controllingdienste des Regierungsrates geschaffen.
 Erledigt: Mit dem Projekt „Delphin“ konnte per 1. Januar 2004 die Rechnungswesenlösung SAP in allen Dienststellen des Kantons Solothurn termingerecht mit allen vorgesehenen SAP-Modulen implementiert werden. Nachdem Anfang 2004 bereits bei 22 Dienststellen die Kosten- / und Leistungsrechnung produktiv im Einsatz war, galt es im Jahr 2004 noch die restlichen 15 Globalbudget-Dienststellen für den Produktivstart per 1. Januar 2005 vorzubereiten. Per 1. Januar 2005 – gleichzeitig mit der definitiven Einführung der wirkungsorientierten Verwaltungsführung – verfügen alle Dienststellen der kantonalen Verwaltung über eine Kosten-/Leistungsrechnung.

Ziel 3.2 Staatliche Strukturen und Instrumente verbessern

Massnahmen

Massnahmen	Termine	Realisierungsstand (Stichtag: 31. Juli 2005)
• WOV als Führungs- und Lenkungsinstrument der kantonalen Verwaltung qualitativ und quantitativ weiterentwickeln	2005	Erledigt: Mit der Schaffung der rechtlichen Grundlagen der WoV wurde auch das bestehende WoV-Instrumentarium weiterentwickelt und verbessert. An dieser Stelle sei besonders auf die flächendeckende Einführung der Kosten- und Leistungsrechnung, die spezifischen Schulungen betreffend wirkungsorientierte Zielformulierung und das Finden geeigneter Indikatoren sowie das Ausarbeiten qualitativ verbesserter, strukturierter Berichte verwiesen. Weiter wurden neue Steuerungsinstrumente eingeführt (Bsp: Beschluss über die Budgetstruktur).
• Rechtliche, organisatorische und kulturelle Voraussetzungen für die definitive Einführung von WOV schaffen; Vernehmlassungsentwurf	2002	<p>Erledigt: Am 4. März 2003 (RRB Nr. 2003/396) hat der Regierungsrat die Vorlage, beinhaltend 3 Verfassungsänderungen und das Gesetz über die wirkungsorientierte Verwaltungsführung, verabschiedet.
Am 3. September 2003 beschloss der Kantonsrat die Verfassungsänderungen in 1. Lesung sowie das Gesetz über die wirkungsorientierte Verwaltungsführung (WoV-G) mit grossem Mehr (KRB 032a-d/ 2003).</p>

		Am 5. November 2003 verabschiedete er die Änderung der Kantonsverfassung in zweiter Lesung (KRB 032b, c/2003). In der Volksabstimmung vom 16. Mai 2004 haben die Solothurner Stimmbürgerinnen und Stimmbürger den drei Verfassungsänderungen deutlich zugestimmt. Am 6. Juli 2004 (RRB Nr. 2004/1560) hat der Regierungsrat die Verordnung zum Gesetz über die wirkungsorientierte Verwaltungsführung beschlossen (WoV-VO). Die Rechtsgrundlagen für die wirkungsorientierte Verwaltungsführung traten per 1. Januar 2005 definitiv in Kraft.
• Rechtliche, organisatorische und personelle Voraussetzungen für die selbständige Justizverwaltung schaffen	2002	Erledigt: Vernehmlassungsvorlage mit RRB Nr. 2003/1159 vom 24. Juni 2003 beschlossen, Vorlage an den KR mit RRB Nr. 2004/621 vom 23. März 2004. KRB Nrn. RG049a+b vom 23. Juni 2004). Die KV-Änderungen wurden vom Volk in der Abstimmung vom 28. November 2004 angenommen. Die 'Selbständige Gerichtsverwaltung' tritt am 1. August 2005 in Kraft.
Vernehmlassung	2002	
Vorlage an den Kantonsrat	2002	
• Verwaltungsrechtspflegegesetz revidieren	2004	Unerledigt: Aus Kapazitätsgründen konnte mit den Vorarbeiten erst in der 2. Hälfte des Jahres 2004 begonnen werden. Erarbeitung Vernehmlassungsvorlage bis Ende 2005.
Vernehmlassung	2004	
Vorlage an den Kantonsrat	2004	
• Amt für Militär und Bevölkerungsschutz schaffen und effizienter mit den Partnerorganisationen zusammenarbeiten	2004	Erledigt.
• Denkmalpflege und Archäologie in das Bau- und Justizdepartement integrieren	2001	Erledigt: RRB Nr. 2070 vom 22. Oktober 2001, mit Wirkung per 1. Januar 2002.
• Kantonale Zivilstandsämter schaffen	2005	Erledigt: Seit 1. Juli 2004 wird das Zivilstandswesen im Kanton von 6 Zivilstandsämtern geführt (RRB Nr. 2004/1378 v. 29. Juni 2004). Die Prozesse sind schweizweit informatisiert (Infostar).
• Veterinärwesen regionalisieren und an den interkantonalen Standard anpassen	2004	Teilweise erledigt: Die Neuorganisation sollte auf 1. Januar 2006 in Kraft treten.
• Informatik: Betriebssystem Linux einführen		Teilweise erledigt: Das hoch gesteckte Ziel ist mit 10% nur teilweise erreicht.
90% der Standard-Benutzerinnen und -Benutzer sowie der Anwendungen sind auf Terminalserver unter Linux migriert	2005	

• Hochgeschwindigkeitsnetz für Daten und Sprache über den ganzen Kanton realisieren	2005	Erledigt.
• E-Projekte priorisieren und effizient umsetzen	2005	Erledigt.

Ziel 3.3 **Gezielte Personalentwicklung realisieren**

Massnahmen	Termine	Realisierungsstand (Stichtag: 31. Juli 2005)
• Fairen Gesamtarbeitsvertrag für das Staatspersonal aushandeln	2003	Erledigt. Der Gesamtarbeitsvertrag (GAV) konnte termingerecht am 1. Januar 2005 in Kraft treten.
• möglichst marktkonforme Löhne anstreben und Leistungsgerechtigkeit verbessern	2003	Unerledigt: Diese Arbeiten konnten im Rahmen der GAV-Verhandlungen nicht zu Ende geführt werden. Sie werden im Rahmen der Weiterentwicklung des GAV in der neuen Amtsperiode weitergeführt.
• Konzept für die vorzeitige Pensionierung weiter entwickeln	2003	Erledigt: Im Rahmen des GAV konnte eine sozialverträglichere Verbesserung der vorzeitigen Pensionierung erreicht werden, welche die vorzeitige Pensionierung insbesondere für die Mitarbeitenden in den tieferen und mittleren Lohnklassen finanziell erträglicher macht.
• Staatsstellen attraktiver gestalten und Mitarbeitende motivieren (Personalentwicklung und Laufbahnberatung fördern, Anerkennungsmöglichkeiten schaffen, Beschäftigungssicherheit erhöhen)	2005	Teilweise erledigt: Das Kaderentwicklungskonzept ist in Vorbereitung. Die teilweise Verbesserung der Anerkennungsmöglichkeiten (doppelter Jahresanstieg, Spontanprämie) wurde vom Kantonsrat durch Einspruch gegen eine entsprechende Verordnung des Regierungsrates gestoppt. Im Rahmen der GAV-Verhandlungen konnte das entsprechende Instrumentarium noch nicht geschaffen werden.

4 **Bildung und Kultur als Chance für Solothurn wahrnehmen**

Ziel 4.1 **Gesellschaftliche Entwicklungen in der Volksschule umsetzen**

Massnahmen	Termine	Realisierungsstand (Stichtag: 31. Juli 2005)
• Englisch-Obligatorium auf der Oberstufe (ab 7. Klasse) einführen	2003	Erledigt.
• Förderung der Aus- und Weiterbildung der Lehrkräfte im Umgang mit Informations- und Kommunikationstechnologien als Unterrichtshilfen	ab 2002	Erledigt: Kompetenzzentrum ICT-TOP an der Pädagogischen Hochschule ist eingerichtet.

• Reform der Sekundarstufe 1 fortführen; Grundsatzentscheide des Kantonsrates einholen	2002	Unerledigt: Die Vernehmlassung zu einer entsprechenden Vorlage wurde 2005 durchgeführt und verlangt eine Überarbeitung.
• Blockzeitenmodelle in interessierten Gemeinden und Schulen erproben	ab 2002	Erledigt.
• Neuauflage des Leitfadens 'Blockzeiten, Tagesschulen, etc.'	2001	Erledigt.

Ziel 4.2 Mittelschulen stärken		
Massnahmen	Termine	Realisierungsstand (Stichtag: 31. Juli 2005)
• Führungsstrukturen der Mittelschulen reorganisieren	2002	Erledigt: Die Kantonsschulen Solothurn und Olten wurden 2002 aufgrund der Verordnung über die Leitungsstrukturen der Mittelschulen vom 10. Dezember 2001 neu organisiert.
• Definitive MAR-Anerkennung des Bundes erlangen	2003	Erledigt: EDK und EDI haben am 26. November 2001 die gesamtschweizerische Anerkennung der gymnasialen Maturitätsausweise der Kantonsschulen Solothurn und Olten nach der Maturitätsanerkennungsregelung von 1995 ausgesprochen.
• Zukunft der DMS klären	2004	Erledigt: 2004 begannen die ersten Lehrgänge der Fachmittelschulen (FMS) an den Kantonsschulen Solothurn und Olten, gestützt auf das vom Kantonsrat am 17. Dezember 2003 erlassenen Gesetz über die Fachmittelschule (KRB 162/2003). Die FMS mit dreijährigem Lehrgang löst die zweijährige DMS ab.
• Neues Mittelschulgesetz schaffen	2004	Erledigt: Unter Vorbehalt der Ergreifung des fakultativen Referendums (bis Oktober 2005).
Vernehmlassung	2003	Erledigt: Die Vernehmlassung wurde Ende 2004/Anfang 2005 zusammen mit jener zur Reform der Sekundarstufe I durchgeführt.
Vorlage an den Kantonsrat	2004	Erledigt: Der Kantonsrat hat das Mittelschulgesetz am 29. Juni 2005 (KRB Nr. 073/2005) beschlossen.
• Trägerschaftsvertrag Gymnasium Laufental-Thierstein mit BL anpassen	2002	Erledigt: Ende 2001 wurde ein neuer Vertrag zwischen den Kantonen Basel-Landschaft und Solothurn über die Führung des Regionalen Gymnasiums Laufental-Thierstein abgeschlossen. Damit ging die Verantwortung für die Führung des Gymnasiums auf Beginn des Jahres 2002 an den Kanton Basel-Landschaft über. Solothurn

leistet seither Kostenbeiträge je Schüler und Schülerin auf der Basis des regionalen Schulabkommens.

Ziel 4.3 Übergang Schule - Berufswelt verbessern		
Massnahmen	Termine	Realisierungsstand (Stichtag: 31. Juli 2005)
<ul style="list-style-type: none"> Lehrstellenbeschluss 2 umsetzen Lehrstellenmarketing, Optimierung Übergang Sek I/Sek II, Berufe haben kein Geschlecht 	2001-2004	Erledigt: Mit der Festanstellung eines Lehrstellenförderers auf dem Amt für Berufsbildung und Berufsberatung wurde ein grosser Schritt zur Verbesserung des Übergangs von der Schule in die Berufswelt realisiert. Die Projekte des Lehrstellenbeschlusses II wurden abgeschlossen, vom Bund genehmigt und in den Alltag aufgenommen. Dank diesen Massnahmen konnte die Anzahl der Lehrstellen konstant gehalten werden, obwohl einige grössere Lehrstellenanbieter die Ausbildungstätigkeit aufgaben.
<ul style="list-style-type: none"> Start Basislehrjahr Informatik 	2001	Erledigt: Das Basislehrjahr der neuen Informatikausbildung ist erfolgreich gestartet worden. Erste Absolventen erlangen 2005 ihr Fähigkeitszeugnis.
Ziel 4.4 Berufsschulen stärken		
Massnahmen	Termine	Realisierungsstand (Stichtag: 31. Juli 2005)
<ul style="list-style-type: none"> Führungsstrukturen der Berufsschulen reorganisieren, Berufsschulzentren bilden 		Erledigt: Die Führungsstrukturen der 7 Berufsschulen wurden mit RRB Nr. 2003/1034 vom 3. Juni 2003 angepasst (Änderung der Berufsschulverordnung), zwei Berufsbildungszentren (BBZ) geschaffen und die Leitungen neu besetzt. Dadurch ist eine effiziente und kostenbewusste Führung im Berufschulbereich möglich geworden.
Vernehmlassung	2002	Erledigt.
Vorlage an den Kantonsrat	2003	Erledigt.
<ul style="list-style-type: none"> Erwachsenenbildung in einer gemischt-wirtschaftlichen AG neu ausrichten 	2002/2003	Erledigt. Die beiden EBZ an den Berufsbildungszentren Olten und Solothurn-Grenchen wurden gebildet, arbeiten gewinnorientiert und wurden in die beiden neuen Berufsbildungszentren (EBZ) eingebettet. Die Bildung einer AG erwies sich im Solothurnischen Marktumfeld als

<ul style="list-style-type: none"> • Zeit Zentrum privatisieren 	2002	<p>nicht realistisch. Die SO+ Massnahme Nr. 17 wurde mit RRB Nr. 2003/2371 vom 16. Dezember 2003 als nicht umsetzbar bezeichnet und vom Kantonsrat mit SGB 053/2004 vom 30. Juni 2004 abgeschrieben. Permanent erfolgt die Optimierung der Zusammenarbeit zwischen den BBZ Solothurn-Grenchen und Olten, sowie die Abgrenzung gegenüber der Fachhochschule.</p>
<ul style="list-style-type: none"> • Bundesweite KV-Reform umsetzen 	2004	<p>Erledigt: Die SO+ Massnahme Nr. 18 wurde mit RRB Nr. 2003/1034 vom 3. Juni 2003 als in der beauftragten Form nicht umsetzbar abgeschrieben.</p>
<ul style="list-style-type: none"> • 'Ein Beruf – ein Schulort' auch für Berufe im Bereich Mode und textiles Gestalten umsetzen 	2002/2003	<p>Erledigt: Die KV-Reform ist im Kanton Solothurn umgesetzt und verläuft positiv. Erste Absolventen werden 2006 ihr Fähigkeitszeugnis erhalten. Ein erster Rückgang des Lehrstellenangebotes im kaufmännischen Bereich konnte dank den Bemühungen des Lehrstellenmarketings praktisch wieder aufgefangen werden. Anpassungen am neuen Studiengang erfolgen in den nächsten Jahren in Zusammenarbeit mit den übrigen Kantonen und dem Bundesamt für Berufsbildung und Technologie (BBT).</p>
<ul style="list-style-type: none"> • 'Ein Beruf – ein Schulort' auch für Berufe im Bereich Mode und textiles Gestalten umsetzen 	2002/2003	<p>Erledigt: Die Schulung im Bereich Mode und textiles Gestalten findet im Kanton Solothurn am Berufsbildungszentrum in Olten statt.</p>

Ziel 4.5 **Lehrerseminar zur pädagogischen Fachhochschule entwickeln**

Massnahmen	Termine	Realisierungsstand (Stichtag: 31. Juli 2005)
<ul style="list-style-type: none"> • Gesetz über die Pädagogische Fachhochschule Vorlage an den Kantonsrat 	2001	Erledigt.
<ul style="list-style-type: none"> • Vollzugsgesetzgebung 	2001	Erledigt: Das Gesetz wurde vom Kantonsrat am 4. September 2001 verabschiedet (KRB Nr. 117/2001).
<ul style="list-style-type: none"> • Start PFH 	2002/2003	Erledigt: Die Ausführungsverordnungen wurden 2002 erlassen: RRB Nr. 1261 vom 17. Juni 2002 (Fachhochschulverordnung PFH) / RRB Nr. 1260 vom 17. Juni 2002 (Ueberführungsverordnung PFH).
<ul style="list-style-type: none"> • Start PFH 	2003	Erledigt: Die Studiengänge an der neuen PFH begannen im Herbst 2003. Der Aufbau der PFH erfolgt erfolgreich und plangemäss. Das Verfahren zur interkantonalen Diplomanerkennung ist im Gang und wird voraussichtlich Ende 2005 abgeschlossen. Die EDK sprach dazu Anfang

2004 den sog. positiven Préavis aus.

Ziel 4.6 Fachhochschule Solothurn als Teil der Fachhochschule Nordwestschweiz positionieren		
Massnahmen	Termine	Realisierungsstand (Stichtag: 31. Juli 2005)
<ul style="list-style-type: none"> • Angebot und Standort der FHSO bestimmen • Vorlage an den Kantonsrat 	<p>2001/2002</p> <p>2001/2002</p>	<p>Erledigt.</p> <p>Erledigt: Der Kantonsrat hat am 18. Dezember 2001 (KRB Nr. 203a-d/2001) im Rahmen seiner Beschlüsse zur Weiterentwicklung der Fachhochschule Solothurn Nordwestschweiz von der Entwicklungsstrategie Kenntnis genommen und Olten als Standort der FHSO bestimmt.</p>
<ul style="list-style-type: none"> • gemeinsame Strategieentwicklung der FHNW vorantreiben 	<p>ab 2001</p>	<p>Erledigt: Der von den Kantonen Aargau, Basellandschaft, Basel-Stadt und Solothurn 2001 eingeleitete Strategieentwicklungsprozess führte zur Vorlage eines Staatsvertrages der vier Kantone über die Errichtung und Führung der Fachhochschule Nordwestschweiz (FHNW). Nach guter Aufnahme in der Vernehmlassung wurde der Staatsvertrag von den vier Parlamenten im Frühjahr 2005 genehmigt. In die FHNW sollen sowohl die FHSO als auch die Pädagogische Fachhochschule (PHSO) integriert werden. Die Fusion zur FHNW wird demnach auf Anfang 2006 vollzogen, sofern die vier Parlamente den von den Regierungen im Juni 2005 erlassenen Leistungsauftrag genehmigen.</p>
<ul style="list-style-type: none"> • definitive Anerkennung durch den Bund 	<p>2003</p>	<p>Erledigt: Der Bundesrat hat am 15. Dezember 2003 der Fachhochschule Nordwestschweiz die unbefristete Genehmigung erteilt, u.a. mit der Auflage, bis 2006 die Führungsorganisation anzupassen.</p>
Ziel 4.7 Kulturelle Vielfalt und Begegnungen fördern		
Massnahmen	Termine	Realisierungsstand (Stichtag: 31. Juli 2005)
<ul style="list-style-type: none"> • Schloss Waldegg als kantonales Zentrum für Kultur und Begegnung etablieren 	<p>ab 2001</p>	<p>Erledigt: Mit RRB Nr. 2003/764 vom 29. April 2003 wurde die Konzentration der kulturfördernden Kräfte beschlossen. Der Umzug des Amtes für Kultur und Sport ins Schloss Waldegg folgte am 4. April 2005. Am 18. Juni 2005 wurde das Zentrum für Kultur und Begegnung un-</p>

Vorlage an den Kantonsrat	2002	ter dem neuen Label „Kultur Schloss Waldegg“ im Rahmen eines Kulturfestes eröffnet. Erledigt: Der Kantonsrat hat dem Umnutzungs- und Sanierungsprojekt zugestimmt und für die Realisierung der baulichen Massnahmen einen Objektkredit von Total 1,7 Mio. Franken bewilligt. Umbauten von Oktober 2004 bis Juni 2005 vollzogen.
<ul style="list-style-type: none"> Sportfachstelle auf den Bereich Jugend und Sport konzentrieren; auf Bundesebene eingeleitete Reformen umsetzen 	ab 2001	Erledigt: Mit der Personalreduktion um 130 Stellenprozente ist die Konzentration ausgewiesen (RRB Nr. 2070 vom 22. Oktober 2001). Reformen auf Bundesebene im Bereich Jugend und Sport sind umgesetzt.

5 Attraktivität des Wirtschafts- und Arbeitsortes weiter ausbauen

Ziel 5.1 Rahmenbedingungen für die Wirtschaft optimieren

Massnahmen	Termine	Realisierungsstand (Stichtag: 31. Juli 2005)
<ul style="list-style-type: none"> Netzwerk Wirtschaftsförderung schaffen, Zusammenarbeit mit Grossregionen und nationalen Organisationen 	2002	Erledigt.
<ul style="list-style-type: none"> Kundenorientierten KMU-Dienst einrichten 	2002	Unerledigt.
<ul style="list-style-type: none"> Freien Personenverkehr und flankierende Massnahmen rasch umsetzen 	2002	Erledigt.
<ul style="list-style-type: none"> Schwarzarbeit wirksam bekämpfen 	2003	Programm angelaufen; Bundesgesetz beschlossen, aber noch nicht in Kraft.
<ul style="list-style-type: none"> Arbeitszeit-Pilotprojekte ermöglichen und gezielt unterstützen 	2003	Unerledigt (Aufgabe der Sozialpartner).
<ul style="list-style-type: none"> Standortmarketing intensivieren (ausgewählte touristische, kulturelle und bildungsmässige Initiativen unterstützen) 	2003	Erledigt.

Ziel 5.2 Verkehrsinfrastruktur ausbauen und optimieren

Massnahmen	Termine	Realisierungsstand (Stichtag: 31. Juli 2005)
<ul style="list-style-type: none"> Verkehrspolitisches Leitbild erarbeiten 	2003	Erledigt: Das verkehrspolitische Leitbild (VLB) wurde unter der Leitung des Amtes für Raumplanung und des Amtes für Verkehr und Tiefbau mit einer breit abgestützten verwaltungsexternen Begleitgruppe und einer externen Fachberatung im Jahre 2003 erarbeitet. Der Regierungsrat nahm am 8. Dezember 2003 vom VLB Kenntnis und
Vernehmlassung	2002	
Beschluss Regierungsrat	2003	

<ul style="list-style-type: none"> • Mehrjahresprogramm 2003/4 für den öffentlichen Verkehr erarbeiten 	2002	<p>beauftragte das Bau- und Justizdepartement, ein öffentliches Vernehmlassungsverfahren durchzuführen (RRB Nr. 2003/2282).</p> <p>Der Regierungsrat hat am 30. August 2004 (RRB Nr. 2004/1789) die Vorlage „Botschaft und Entwurf zum verkehrspolitischen Leitbild des Kantons Solothurn“ zuhanden des Kantonsrates beschlossen. Der Kantonsrat hat am 3. November 2004 (KRB Nr. 144/2004) einstimmig davon Kenntnis genommen.</p> <p>Erledigt (KRB Nr. 101/2002 vom 24. September 2002 / Zusatzangebote KRB Nr. 176/2002 vom 13. November 2002).</p>
<ul style="list-style-type: none"> • A5 dem Verkehr übergeben und flankierende Massnahmen auf dem Kantonsstrassennetz sukzessiv realisieren 	2005	<p>A5: Verkehrsübergabe erfolgte im April 2002</p> <p>Flankierende Massnahmen zur A5: In Realisierung (teilweise erledigt), voraussichtlicher Abschluss der letzten Etappe 2009.</p>
<ul style="list-style-type: none"> • Gesamtverkehrsprojekte Solothurn und Olten realisieren <p>Beschlussfassung im Kantonsrat</p>	2005 2001	<p>Erledigt (Solothurn: KRB Nr. 2001/131 vom 31. Oktober 2001, Olten: KRB Nr. 2001/132 vom 31. Oktober 2001, Erhöhung Motorfahrzeugsteuer: KRB Nr. 2001/133 vom 31. Oktober 2001, Referendum, Annahme in Volksabstimmung vom 2. Juni 2002).</p>
Nutzungsplanung, Detailprojektierung	2002	<p>Solothurn, Entlastung West:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Planaufgabe vom 8. Juni bis 7. Juli 2004, Genehmigung der Erschliessungs- und Nutzungspläne mit RRB Nr 2005/161 vom 18. Januar 2005 (erledigt). - Detailprojektierung und Submission in Arbeit (teilweise erledigt). <p>Entlastung Region Olten:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Mitwirkungsverfahren im Herbst 2004 durchgeführt - Planaufgabe voraussichtlich Ende 2006 <p>Detailprojektierung im Rahmen der Vorbereitung der Planaufgabe.</p>

Baubeginn	2003	Solothurn, Entlastung West: - Baubeginn Vorarbeiten erfolgt, Baubeginn Hauptarbeiten im Frühjahr 2006 (teilweise erledigt). Entlastung Region Olten - Baubeginn nach Abschluss der Planaufgabe und Behandlung der Einsprachen (unerledigt).
• Strassenbau-Mehrjahresprogramm 2002 - 2005 erarbeiten	2001	Erledigt (KRB Nr. 141/2001 vom 7. November 2001).
• A1 Härkingen-Rothrist und A2 Belchentunnel sanieren	2003	Erledigt.

Ziel 5.3 **Steuerliche Belastung natürlicher und juristischer Personen gezielt reduzieren (anstelle des Ausgleichs der kalten Progression), Mängel bei der Katasterschätzung beseitigen**

Massnahmen	Termine	Realisierungsstand (Stichtag: 31. Juli 2005)
• Gesetz über die Staats- und Gemeindesteuern revidieren	2002	Erledigt: (KRB vom 22. Mai 2002; Nr. 186/2001).
• Verordnung über die Katasterschätzung revidieren	2001	Die Revision der Verordnung (KRB Nr. 28/2001 vom 5. September 2001) wurde vom Volk am 22. September 2002 abgelehnt.

6 Soziale Sicherheit erhalten

Ziel 6.1 **Menschen vor sozialen Notlagen und Arbeitslosigkeit schützen, Folgen der Arbeitslosigkeit mildern**

Massnahmen	Termine	Realisierungsstand (Stichtag: 31. Juli 2005)
• Präventive Sozial- und Gesundheitsmodelle fördern	2005	Erledigt (Daueraufgabe): Es wurden mehrere Projekte für bestimmte Bevölkerungsgruppen und soziale Risiken realisiert: jährliche Unterstützung Suchtpräventionsprojekt "Ganzheitlichkeit" der solothurnischen Jugendverbände, jugend aktiv! (Prävention mit Jugendarbeit), Mädchenwoche, so!pra (Prävention im Alter).

• Dauer der Arbeitslosigkeit verkürzen durch Qualifizierungsprogramme, Auffangstrukturen bei Massenentlassungen und Kooperation mit privaten Vermittlern	2005	Erledigt (Daueraufgabe).
• Soziallohnprojekte gezielt optimieren	2005	Erledigt (Daueraufgabe): An drei Standorten (Olten: Oltech GmbH, Solothurn: Regiomech GmbH und Grenchen: Netzwerk) werden Arbeitsplätze für ausgesteuerte arbeitslose Personen angeboten. Die Platzzahl wird situativ der aktuellen Lage angepasst. Der Erfolg wurde im Jahr 2004 evaluiert. Rund 30% der Teilnehmenden können wieder in den primären Arbeitsmarkt integriert werden.

Ziel 6.2 **Menschen in wirtschaftlich bescheidenen Verhältnissen und sozialen Notlagen unterstützen**

Massnahmen	Termine	Realisierungsstand (Stichtag: 31. Juli 2005)
<ul style="list-style-type: none"> • Prämienverbilligung im bisherigen Rahmen weiterführen 	2005	Erledigt (Daueraufgabe): Der Kantonsrat passte aufgrund der Modellrechnungen die finanziellen Leistungen an.
<ul style="list-style-type: none"> • Sozialhilfen vermehrt von Gegenleistungen abhängig machen 	2005	Teilweise erledigt (Daueraufgabe der Einwohnergemeinden): Im Vordergrund steht nach wie vor die finanzielle Leistung. Voraussetzung zur Zielerreichung sind aber Hilfepläne und professionelle Anlauf- und Triagestellen, welche offensichtlich nur in grösseren Sozialregionen angeboten werden können. Mit den neu revidierten SKOS-Richtlinien sollen mit Motivations- und Integrationszulagen verstärkt Anreize geschaffen werden. Als Gegenstück dazu sind verstärkt Sozialhilfeleistungen zu kürzen, wenn Auflagen und Weisungen missachtet werden.

Ziel 6.3 Dienstleistungen in straffen Prozessen und einfachen Strukturen erbringen		
Massnahmen	Termine	Realisierungsstand (Stichtag: 31. Juli 2005)
<ul style="list-style-type: none"> • Sozialgesetz schaffen Expertenentwurf Vernehmlassung/Vorlage an den Kantonsrat Gesetz etappenweise in Kraft 	2003 2002 ab 2003	Erledigt. Erledigt. Unerledigt: Der Zeitplan erwies sich als zu ambitiös. Das Vernehmlassungsverfahren wurde durchgeführt, Botschaft und Entwurf an den Kantonsrat wurde am 12. Juli 2005 vom Regierungsrat beschlossen.
<ul style="list-style-type: none"> • Objektorientierte Subventionierung abschaffen und Subjektfinanzierung auf Vollkostenbasis einführen 	2005	Teilweise erledigt: Dieses Ziel ist weitgehend erreicht worden und soll im Sozialgesetz seine "Vollendung" finden. Um niederschwellige Angebote (Beratung) oder Start-up's zu ermöglichen, kann allerdings nicht ganz auf Subventionen (Objektbeiträge) verzichtet werden.
Ziel 6.4 Missbräuche verstärkt bekämpfen		
Massnahmen	Termine	Realisierungsstand (Stichtag: 31. Juli 2005)
<ul style="list-style-type: none"> • Leistungen kürzen, wenn Auflagen und Weisungen missachtet werden 	2005	Erledigt (Daueraufgabe): Durch Informatisierung konnte Kontrolle verbessert werden. Zum Teil verhindern auch verfassungsmässige Schranken einen rigorosen Vollzug (illegaler Aufenthalt).
<ul style="list-style-type: none"> • Rückforderung unrechtmässig erlangter Leistungen verstärken 	2005	Erledigt (Daueraufgabe): Im Rahmen des ISO 9001-Systems wurde das Controlling verstärkt.
<ul style="list-style-type: none"> • Inkasso Alimentenbevorschussung ausbauen und intensivieren 	2005	Erledigt (Daueraufgabe): Mit "Tutoris" wurde das Inkasso informatisiert. Da aber der Inkassoerfolg stark von der allgemeinen wirtschaftlichen Lage (Konjunktur) abhängig ist, konnte er in der Berichtsperiode nicht wesentlich gesteigert werden.
<ul style="list-style-type: none"> • Asylgesetz konsequent vollziehen 	2005	Erledigt (Daueraufgabe): Der Kanton Solothurn setzt die Bundesvorgaben konsequent um.